Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 163. Sonntag den 12. Juni 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, am 15. Juni a. c., Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Gutachten des Oekonomie-Ausschusses über a. die Regulirung des Trottoirs auf dem umzupflasternden Tracte des Petersteinweges; b. die vom Rathe ohne Zustimmung des Collegiums beschlossene Anwendung von Schlackenguß-steinen bei Pflasterung der Straßen vor der Nicolaischule; c. Uferreparaturen am Elsterabfallgraben; d. die Regulirung des Trottoirs in der Schützenstraße; e. Herstellung gepflasterter Uebergänge auf der Carolinenstraße; f. Herstellung einer Thonrohrschleuße vor den Grundstücken am Rabensteinplatz; g. Pos. 10 in Conto 26 des Budgets.

II. Gutachten des Bau-, Oekonomie-, Finanz- und Bez. Stiftungs-Ausschusses über a. den Verkauf zweier Bauplätze an der Seeburgstraße; b. den Verkauf mehrerer Bauplätze an der alten Elster bez. an der Fregestraße; c. den Verkauf zweier Villenplätze an der Hiller- und Sebastian Bach-Straße; d. Verkauf eines Arealstreifens an dem von der Centralstraße nach der Dorotheenstraße führenden Wege.

III. Gutachten des Bau-Ausschusses über a. die Einführung der Wasserleitung in die Leplaystraße; b. Pos. 14 in Conto 13 (Museum) des diesjährigen Budgets; c. die Benutzung des Königszimmers im Neuen Theater von Seiten des Theaterpächters; d. Reparatur der Privetgruben im Fettviehhofe; e. dergl. in der städtischen Turnhalle; f. Pos. 50 in Conto 36 des diesjährigen Haushaltplanes.

IV. Gutachten des Verfassungs- und Finanz-Ausschusses, die Ueberlassung von Theater-Inventargegenständen betr.

Bekanntmachung,
die Landtagswahlen betreffend.

Die Listen der in dem I. und III. Wahlkreise der Stadt Leipzig wohnhaften für die Landtagswahl stimmberechtigten Personen liegen von

Montag, den 13. dss. Mts. ab bis **mit Sonntag,** den 19. dss. Mts.,

von 8 bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags im Stadthause, Obstmarkt 3, I. Etage, Zimmer Nr. 87, für die Betheiligten zur Einsicht aus.

Reclamationen sind nach §. 26 des Wahlgesetzes vom 3. December 1868 nur bis zum Ablauf des 7. Tages, also bis mit

Sonntag, den 19. Juni, Nachmittags 6 Uhr, zulässig.

Leipzig, den 11. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Nitzsche.

Der I. Wahlkreis umfaßt folgende Stadttheile:
Die ganze innere Stadt und von den Vorstädten folgende Straßen:

Augustusplatz 3b, 4, 5 und 6, Bahnhofstraße, Berliner Straße, Blücherplatz, Blücherstraße, Eberhardtstraße, Erlenstraße, Eutritzscher Straße, Am Exercirplatz, Gerberstraße, Georgenstraße, Gothisches Bad, Humboldtstraße, Keilstraße, Löhr's Platz, Löhrstraße, Lortzingstraße, Nordstraße, Packhofstraße, Parthenstraße, Pfaffendorfer Straße, Uferstraße, Wintergartenstraße, Yorkstraße, Zöllnerstraße.

Der III. Wahlkreis umfaßt folgende Stadttheile:

Westlicher Theil:

Alexanderstraße, Alter Amtshof, Auenstraße, Bismarckstraße, Canalstraße, Centralstraße, Coleamadenstraße, Davidstraße, Dorotheenstraße, An der alten Elster, Elsterstraße, Erdmannstraße, Färberstraße, Fleischerplatz, Frankfurterstraße, Fregestraße, Gustav Adolph-Straße, Hauptmannstraße, Hillerstraße, Jacobstraße, Johannapark, Leibnizstraße, Lessingstraße, Marschnerstraße, Mendelssohnstraße, Moritzstraße, Moscheles-straße, Raundörfchen, Plagwitzer Straße, An der Pleiße, Poniatowskystraße, Promenadenstraße, Ranstädter Steinweg, Rosenthalgasse, Vor dem Rosenthalthore, Rudolphstraße, Schrebergäßchen, Schreberstraße, Sebastian-Bachstraße, Seitenstraße, Waldstraße, Weststraße, Wiesenstraße, Zimmerstraße.

Südlicher Theil:

Albertstraße, Arndtstraße, Bayerische Straße, Brandvorwerkstraße, Brandweg, Braustraße, Kleine Burggasse, Elisenstraße, Emilienstraße, Fichtestraße, Floßplatz, Harkortstraße, Hohe Straße, Kaiser Wilhelm-Straße, Kochstraße, Körnerstraße, Kronprinzstraße, Lützowstraße, Mahlmannstraße, Moltkestraße, Mühlgasse, Münzgasse, Obstmarkt, Petersteinweg, Pleißengasse, Schenkendorfstraße, Schletterstraße, Schleußiger Weg, Sidonienstraße, Sophienstraße, Südstraße, Straße K, Windmühlenstraße, Zeitzerstraße.

In einer Unterstützungswohnsitzsache ist festzustellen, wo der am 20. October 1827 zu Dahlitzsch bei Rötha geborene Handarbeiter **Johann Friedrich Wilhelm Klöppel** in der Zeit vom 8. Februar 1878 bis 22. Juni 1880, an welchem Tage er zu Glaubitz bei Riesa wegen Bettelns in Haft genommen worden ist, sich aufgehalten hat. Mit Bezugnahme auf §. 63 des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 werden daher die Polizeibehörden, bei welchen genannter Klöppel in der angegebenen Zeit zur Meldung gekommen ist oder etwa wegen Bettelns und Landstreichens Strafe verbüßt hat, um Mittheilung über die Zeit dieses Aufenthalts beziehentlich der erduldeten Haft ersucht.

Leipzig, am 4. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Winter. Richter.

Kirschverpachtung.

Die diesjährige Kirschnutzung auf der Mockauer Straße vom Magdeburg-Leipziger Bahnübergange bis zur Flurgrenze der Petzscher Mark soll an den Meistbietenden gegen sofortige baare Zahlung mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietanten verpachtet werden. Es haben sich darauf Reflectirende **Donnerstag den 16. Juni d. J.** Vormittags 9 Uhr in der Marshall-Expedition einzufinden, ihre Gebote zu thun und sodann weiterer Nachricht sich zu gewärtigen.

Leipzig, den 11. Juni 1881.

Des Raths Straßenbau-Deputation.

In unserer Verwahrung befinden sich folgende von Diebstählen herrührende Gegenstände, deren Eigenthümer bisher nicht ermittelt worden sind:

a. 1 Stück Leinwand (Werth 14 Mark), 6 Flaschen Rothwein, 2 Flaschen Punschessenz, 18 leere Flaschen verschiedener Größe, 1 Säckchen mit Zucker, 1 leeres Säckchen, 1 baumwollenes Taschentuch, 1 leeres Portemonnaie, ½ Pfd. weiße Seife.

b. 2 schwarz- und rothgestreifte wollene Pferdedecken.

Die unter a verzeichneten Gegenstände sind im Januar d. J. aus verschiedenen Wagen, die in den Straßen der Stadt unbeaufsichtigt gestanden haben, entwendet worden, während die beiden Pferdedecken im Juni d. J. bei einem Diebe vorgefunden wurden, der sie auf der Straße gefunden haben wollte.

Die Verlustträger dieser Gegenstände werden ersucht, sich baldigst in unserm Commissariate zu melden.

Leipzig, den 11. Juni 1881.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Hd.

Bekanntmachung.

Das zur Hälfte zum Nachlaß des Kohproducten-händlers Friedrich August Kraushaar gehörige in der Friedrichstraße hierselbst unter Nr. 40 gelegene Grundstück, bestehend aus

Wohngebäude,
zwei Seitengebäuden,
Hintergebäude und
Hofraum,

welches Grundstück im Grund- und Hypothekenbuch für die Stadt Leipzig auf Folium 906 eingetragen sich befindet, soll auf Antrag der Erben und des Miteigenthümers

Montag, den 13. Juni 1881,
Vormittags 11 Uhr

und zwar in dem **Zimmer Nr. 93** des unterzeichneten Amtsgerichtes öffentlich versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den am Gerichtsbret nebst Versteigerungsbedingungen aushängenden Anschlag andurch bekannt gemacht wird.

Leipzig, am 14. Mai 1881.

Das Königliche Amtsgericht daselbst.
Abtheilung V. Section I A.
Mannsfeld. M.

Aufforderung.

Alle diejenigen Bauhandwerker und Lieferanten, welche für Arbeiten und Lieferungen bei Ausführung der hiesigen **Justiz-Neubauten und des hiesigen Staats-Gymnasial-Gebäudes** noch Forderungen haben, werden hiermit aufgefordert, ihre Rechnungen bis Ultimo des 30. Juni dieses Jahres bei dem mitunterzeichneten Landbaumeister einzureichen.

Leipzig, am 2. Juni 1881.

Die Königl. Bauverwaltung.
Rauch, Landbaumeister. Schurig, Bauverwalter.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 12. Juni.

Die Ablehnung der Volkswirthschaftsrathsvorlage durch den Reichstag war vorauszusehen; dennoch überraschte allgemein die starke Majorität von 51 Stimmen (153 gegen 102), mit welcher diese Ablehnung erfolgte. Es kann gar kein Zweifel darüber sein, wem das günstige Ergebniß, ein zweiter liberaler Sieg, ebenbürtig demjenigen bei Gelegenheit der Innungsvorlage, gedankt werden muß. Wenn die nationalliberale Partei sich einstimmig bis auf den dissentirenden Herrn v. Cuny gegen die Diätenzahlung für den deutschen Volkswirthschaftsrath und also gegen diese Einrichtung selber erklärte, so war es der thatkräftige Einfluß ihres Führers, des Abg. v. Bennigsen, der in der Fractionssitzung ebenso wie im Plenum in glänzender Rede das Schiefe und Ungesunde der geplanten Einrichtung dargelegt und damit manche unsichere Stimmung befestigt hatte.

Diese Abstimmung der Nationalliberalen hat eine Bedeutung, die über die Sache selbst, so wichtig sie auch sein mag, weit hinausgeht und deren Pointe namentlich Fürst Bismarck wohl zu würdigen verstehen wird. Denn sie ist und sollte sein ein Protest gegen jenen Versuch, das Fractionsgefüge durch die wiederbelebte „Wirthschaftliche Vereinigung" zu sprengen, insofern eine nicht unerhebliche Anzahl der Mitglieder der letzteren zu den Nationalliberalen gehört. Die „Probe auf das Exempel", die der Reichskanzler gegenüber der bekannten Benda-Reinecke'schen Erklärung zu machen beabsichtigte, ist also fürs Erste an einem wichtigen Puncte gescheitert, und die erfreuliche Einigkeit der Partei hat gezeigt, daß in der That, wie es auch die neulich veröffentlichte programmartige Erklärung aussprach, die Fragen des Freihandels und Schutzzolls nichts Trennendes für dieselbe haben, sondern sich in der höheren Einheit vernünftiger freier Selbstbestimmung zusammenfinden. Kein Zweifel, daß ein wesentliches Stück dieser Selbstbestimmung bei der Volkswirthschaftsrathsvorlage mit auf dem Spiele stand. Denn man kann sehr wohl der Meinung sein, daß die Erwerbs-, Industrie- und Arbeiterclassen bei Gesetzen, die sie betreffen, gehört werden sollen, und daß die Regierung die Wünsche der Interessengruppen thunlichst berücksichtige, und man kann, ja muß dennoch zu der Ueberzeugung gelangen, daß in dem Entwurf des Fürsten Bismarck diese Zielpuncte verfehlt sind zu Gunsten des Bestrebens, eine gefügige unselbstständige Körperschaft ins Leben zu rufen, auf deren Autorität man sich berufen kann, so lange sie Ja sagt, und die man bei Seite schiebt, wenn ihr Nein unbequem werden sollte.

In auffälligem Gegensatz zu der geschlossenen Haltung der Nationalliberalen stand die Spaltung im Centrum, das zu ungefähr gleichen Hälften für und wider die Vorlage auseinander fiel. Die Gegner aber, und dies ist das Merkwürdige, gehörten fast ausnahmslos dem Süden Deutschlands an. Ja, sie waren größtentheils eigens zu dem Zweck der Niederstimmung des Entwurfs nach Berlin gekommen, die ultramontanen Herren aus Baiern und Schwaben, die höher noch als ihre Wirthschaftsprincipien die Aufrechterhaltung des staatlichen Particularismus stellen und die in dem Volkswirthschaftsrath vor Allem „die preußische Spitze" fürchteten. Es wird, solcher offenkundigen Zerklüftung gegenüber, den Wortführern des Centrums im Parlament und in der Presse schwerlich gelingen, dem Zersetzungsproceß der Partei, der tief unter der Oberfläche der Dinge spielt und darum nicht für Jedermann so leicht kenntlich ist, zu vertuschen. So oft diese Gegensätze markirt werden, so u. A. bei der Unfallversicherungsvorlage, erhebt sich im Centrum ein großes Geschrei gezwungenen Hehmes und gut gespielter Entrüstung, und das Ansehen der mönchisch-feldatischen Disciplin dieser Fraction ist nach Außen hin noch immer ein so großes, daß die pomphaften Versicherungen der vollsten Einmüthigkeit mit ehrfurchtsvoller Entgläubigkeit aufgenommen zu werden pflegen. Die bevorstehenden Wahlen werden auch hier als Probirstein dienen, und sie werden aller Voraussicht nach zeigen, daß namentlich in der rheinisch-westfälischen Wählerschaft der Liberalismus endlich einmal durch die starre Decke des Ultramontanismus hindurchdringt und daß andererseits die Katholiken des Ostens viel zu sehr sich als Conservative fühlen, um den Rechtsabmarsch des Herrn Windthorst nicht für zu zögernd und zu ungewiß zu halten.

Vielleicht behauptet das Centrum noch einmal seinen Besitzstand, aber die spätere Wahlstatistik wird ohne Zweifel weisen, daß es dies nur in erschwerten Kämpfen gegen die andern Parteien und mit Einbußen an der Stimmenzahl der Wähler zu thun vermochte.

Das Fiasco des „Dauphins der Republik" ist ein vollständiges. Gambetta's Entwürfe haben sich als verfehlt erwiesen und fordern nun den Spott seiner Gegner heraus, um so mehr, als er noch vor wenigen Tagen bei seinem Triumphzuge durch das heimischen Lot-Departement, insbesondere in seiner Vaterstadt Cahors, sich bereits als unumschränkter Herr der Situation geberdete. Während er aber Orden austheilte und bald in hochpolitischen, bald in leutselig-familiären Ansprachen seine Autorität in das gehörige Licht rückte, waren die Jules Simon und Dufaure, die Broglie und Decazes nicht minder rührig, den entscheidenden Schlag gegen den verhaßten Widersacher vorzubereiten. Und dies ist ihnen in der That trefflich gelungen. Wenn die Parteigänger Gambetta's für den Fall der Ablehnung der Listenwahl mit einem die constitutionelle Entwickelung auf Höchste gefährdenden Conflicte zwischen beiden parlamentarischen Körperschaften drohten, so gewannen die Gegner im Senate die noch schwankenden Elemente durch den Hinweis, daß Jules Grevy und der größte Theil der Minister auf ihrer Seite ständen. Mit Recht wurde auch von ihnen betont, daß die Verantwortlichkeit für einen derartigen Conflict lediglich die Urheber der geplanten Wahlreform treffen müßte.

Die Rechte des Senates entschied das Schicksal des Tages durch das unverhoffte Einbringen eines Antrags nach geheimer Abstimmung. Die Rechte stimmte geschlossen gegen das Listenscrutinium, ebenso einige vierzig Republikaner des Centrums. Das Ergebniß erregte gewaltige Aufregung, da es in der That eine eclatante Niederlage Gambetta's ist. Auf den Boulevards in Paris wurde das Votum lebhaft discutirt, von der Börse mit einer leichten Baisse begrüßt. Die Abstimmung des Senats ist ein schwerer persönlicher Schlag gegen Gambetta, doch zeigt man im Palais Bourbon keine Entmuthigung, rechnet vielmehr auf baldige Revanche. Die Gambettisten sagen, der Senat habe den Kampf und den Conflict gewollt, er werde ihn haben, denn Revision der Verfassung werde nun das Schlagwort sein. Im Elysée triumphirt man heimlich, ist aber vielleicht dadurch etwas genirt, daß der Sieg durch eine Coalition mit den Feinden der Republik erfochten worden ist. Die Minister Constans, Farre, Cazot dinirten am Donnerstag bei Gambetta. Es heißt, sie würden sofort ihre Entlassung einreichen. Senator Tolain wird im Senat den Antrag auf Revision einbringen, als erste Antwort auf die Abstimmung. Die Lage in Paris ist zweifellos eine ernste und eine Periode der Agitation vorauszusichtlich. Die Gambettistische Presse commentirt das Ergebniß im Senat mit unverhehlenem Zorn und finsteren Vorhersagungen. Man bezeichnet den 9. Juni als gleich verhängnißvoll wie den 16. Mai, erklärt den Conflict für eröffnet und das Ende des Senats für entschieden. Die „République Française" meint drohend, daß die Verantwortlichkeit sogar über den Senat hinausginge. Die Radicalen jubeln, daß der Senat sich selbst gerichtet und zugleich die Dictatur Gambetta's vernichtet habe. Die conservativen Organe triumphiren mit einiger Zurückhaltung, doch bricht die Freude darüber durch, daß die Krisis und ein allgemeiner Wirrwarr entstehen müsse.

Das folgende Telegramm des Wolff'schen Bureaus vervollständigt das Bild der Lage: „Nach der „Agence Havas" enthehren die Gerüchte, wonach mehrere der Minister in Folge des Senatsbeschlusses zurücktreten würden, der Bestätigung. Die „France" und mehrere andere Journale sind der Meinung, daß in der Frage der Listenwahl, die das Land in keiner Weise leidenschaftlich errege, eine rasch schnelle Beruhigung eintreten werde."

Die Verhaftung deutscher Capitaine in New-York wegen Ueberfüllung ihrer Dampfer wird seitens der Bundesbehörden in New-York fortgesetzt. Es haben sich einige Zeitungen Deutschlands genöthigt gesehen, die Thatsache der Ueberfüllung ableugnen zu wollen. Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt": „Dieselbe besteht dennoch. Natürlich beschränkt sich die Verhaftung darauf, daß der betreffende Capitain nach Stellung einer Bürgschaft dem Gerichte für sein Erscheinen haftet, oder „verhaftet" bleibt. Ein uns zugegangenes Londoner Privattelegramm meldet die neuerliche Verhaftung von drei deutschen Capitainen. Es ist um so dringender wünschenswerth, daß auch die deutschen Behörden ein scharfes Auge auf diese üblen Zustände werfen, als von deutschen Häfen allein im Monat Juni nach den Anmeldungen bei den Dampfergesellschaften 20,000 Personen, darunter 8000 Deutsche, auszuwandern beabsichtigen, eine Zahl, für welche die Flotte der Hamburger und Bremer Linien nicht ausreicht. Die deutschen Auswanderer kommen zumeist aus Ost- und Westpreußen, Posen, Holstein, Westfalen und Rheinprovinz. Ernste Calamitäten gehören aber auf überfüllten Dampfern bei Ausbruch ansteckender Krankheiten nicht zu den Seltenheiten. Um ihnen vorzubeugen, muß die Controle in den Abfahrtshäfen unserer Ansicht nach verschärft werden."

Fürst Milan von Serbien hat alle Ursache, mit der Aufnahme, welche ihm am Berliner Hofe zu Theil wurde, zufrieden zu sein. Die persönliche Bekanntschaft mit dem Kaiser datirt aus Ems vom vorigen Jahre. Hier zeigte sich der Fürst sichtlich bestissen, seine Ehrfurcht vor der Person des Kaisers in jeder Weise zu erkennen zu geben. Sein Versprechen, dem Monarchen in Berlin seine Aufwartung zu machen, erfüllte er jetzt, und der Kaiser sowie der Kronprinz erwiesen sich ihm in hohem Grade entgegenkommend. Am Freitag hat der Fürst Berlin wieder verlassen, um nach St. Petersburg zum Besuche des russischen Hofes zu reisen.

Die „Neue Freie Presse" erhält aus Berlin die Mittheilung, daß die Erhöhung Serbiens zum Königreiche als eine abgemachte Sache zu betrachten sei.

„Die deutsche Regierung", schreibt der Berliner Gewährsmann des Wiener Blattes, „hätte überhaupt niemals gegen die Proclamirung des Fürsten Milan zum Könige Einwendung erhoben, wenn nicht Oesterreich anfangs diese Erhebung entschieden bekämpft haben würde. Nun, da die Opposition des Wiener Cabinets aufgehört hat, ist auch die deutsche Regierung bereit, Alles zur Erfüllung des Wunsches des Fürsten Milan beizutragen. Die österreichische Regierung hat eben mit ihrer bisherigen, Serbien gegenüber beobachteten Politik vollkommen gebrochen, und man will hier sichere Anzeichen dafür haben, daß Oesterreich sogar die Initiative bei der Anerkennung des neuen Königreiches ergreifen werde. Von ungarischer Seite wurden allerdings noch bis zur letzten Stunde Schwierigkeiten erhoben, doch scheinen dieselben endlich, Dank gewisser Concessionen, zu welchen sich die serbische Regierung bereit fand, beseitigt worden zu sein. Diese Concessionen sollen im Wesentlichen in der Unterstützung Oesterreichs in der Donaufrage, in der Gewährung von gewissen, im letzten Handelsvertrage nicht vorgesehenen Erleichterungen im Grenzverkehre und endlich in der schärfsten Ueberwachung der national-serbischen Agitatoren und Umtriebe bestehen. Dagegen soll sich Oesterreich oder eigentlich speciell Ungarn verpflichten, den auf die Erlangung des serbischen Thrones gerichteten Bestrebungen des Prätendenten Prinzen Karageorgiewich in keiner Weise Vorschub zu leisten."

Wir brauchen dieser Mittheilung kaum etwas hinzuzufügen. Jedenfalls kann man aus derselben den Werth der officiösen Belgrader Dementi abschätzen.

Das Unwohlsein des Reichskanzlers dauert noch fort. Fürst Bismarck leidet an einer Venenentzündung, einem Uebel, das er bereits früher wiederholt gehabt hat, das aber seit einiger Zeit verschwunden gewesen war. Die Heilung erfordert namentlich die Einhaltung einer strengen Diät.

Das Innungsgesetz ist durch die bekannte Abstimmung in einer Gestalt zu Stande gekommen, in der es wenig nutzen, aber wohl auch wenig schaden wird. Daß die reactionaire Mühlerei gegen die Gewerbeordnung sich an diesem bescheidenen Erfolg genügen lassen werde, ist nicht anzunehmen; sie wird nach wie vor die obligatorische Innung, sei es direct oder auf Umwegen, zu erreichen suchen. Ein Heißsporn der Rechten, Abg. Marcard, hat sogar geäußert, nur conservative Gesetze könnten helfen, und diese könnten nur zu Stande kommen durch das Zusammengehen der Regierung mit den conservativen Parteien und dem ebenfalls conservativen Centrum, der Gedanke einer conservativ-liberalen Verbindung gehöre zu den allergefährlichsten und könne von einem ächten Conservativen nicht gehegt werden. Von conservativer Seite wird man sich ohne Zweifel bemühen, in dieser Richtung und nach diesem Recept weiter zu arbeiten und den Anschluß an das Centrum noch fester zu machen. Allein es wird schwerlich so bald wieder ein Reichstag zusammen kommen, der für rückschrittliche Pläne auf wirthschaftlichem Gebiet so günstige Aussichten bietet wie der gegenwärtige. Und doch hat auch dieser, wenn auch mit knappster Majorität, den schwersten Stoß gegen die Grundlagen der Gewerbeordnung abgewehrt. Es war dies nur dadurch möglich, daß ein großer Theil der deutschen Reichspartei mit den Liberalen Hand in Hand ging. Dasselbe Verhältniß fand auch bei der Abwehr der gegen das Civilstandsgesetz gerichteten Angriffe statt, ein Beweis, daß die oft gehörte Behauptung, unter den gegenwärtigen Umständen bestehe eine unüberbrückbare Kluft zwischen allen liberalen und allen conservativen Richtungen, doch nicht in allen Fällen zutreffend ist. Die Freiconservativen werden sich durch diese Abstimmung bei den entschiedeneren Conservativen nur noch mehr in Ungunst setzen, um so mehr werden sie fähig sein, die Schroffheit der Gegensätze zwischen den Extremen von rechts und links abzuschwächen.

Wie wir bereits mittheilten, ist von dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten eine Commission von Staats- und Privattechnikern berufen worden, welche an der Hand der Erfahrungen des In- und Auslandes die Mittel prüfen soll, wie den Gefahren der schlagenden Wetter in den Steinkohlengruben am wirksamsten begegnet werden kann. Diese Commission hat sich in Berlin unter dem Vorsitze des Ober-Berghauptmanns und Ministerial-Directors Dr. Serlo constituirt und zunächst ihr Arbeits-Programm definitiv festgestellt. Allgemeine, vorbereitende Berathungen werden, wie die „Post" erfährt, die Commission noch zwei Tage in Berlin beschäftigen und werden dann die aus den 25 Mitgliedern des Plenums zu bildenden einzelnen Untercommissionen ihre umfangreiche Thätigkeit in den verschiedenen Provinzen beginnen. Die letztere Thätigkeit wird theils eine allgemeine wissenschaftlich-technische sein, theils sich mit der näheren Erforschung der durch schlagende Wetter in den letzten Jahrzehnten hervorgerufenen Unglücksfälle, theils mit der Prüfung des factischen Zustandes der mit schlagenden Wettern behafteten Steinkohlengruben zu befassen haben. Erst wenn die einzelnen Untercommissionen ihre Arbeiten beendigt haben, wird die gesammte Commission wieder in Berlin zur endgiltigen Erledigung ihrer Aufgabe zusammentreten. Man hofft, dies etwa in Jahresfrist bewerkstelligen zu können.

Theilnehmern der Karlsruher Lehrerversammlung gegenüber, welche sich sehr besorgt über die Abneigung des preußischen Cultusministers gegen die Lehrervereine aussprachen, soll der Großherzog von Baden, der überhaupt seiner Sympathie für die Bestrebungen des Lehrerstandes nicht mißzuverstehenden Ausdruck gab, sich in wesentlich beruhigendem Sinne geäußert haben. Herr v. Puttkamer selbst scheint indeß auch zeigen zu wollen, daß man ihm mit Unrecht vorwerfe, er habe kein Herz für die Lehrer. Um die letzteren von der ihm verhaßten Vereinsthätigkeit fern zu halten, hat er angeordnet, daß zu periodisch wiederkehrenden Terminen an den Seminarien Lehrerconferenzen stattfinden sollen. Für die ersten dieser Conferenzen, die noch im Laufe dieses Monats abgehalten werden, hat er nun „zur Bewirthung der sich betheiligenden Lehrer" Summen von je 120 Mark bewilligt.

In Königsberg standen vor einigen Tagen fünf Apostel des Zukunftsstaats, die Socialdemokraten Nowgrothy, Köppel, Saager, Gedau und Pinnow vor der Strafkammer des königl. Landgerichts, wegen Majestäts-Beleidigung und Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Aufreizung der Angehörigen des Staates gegen einander angeklagt. Angeklagter Gedau hatte der „K. H. Z." zufolge von der Redaction des Züricher „Socialdemokrat" eine Flugschrift zugeschickt erhalten mit der Ueberschrift: „An das deutsche Volk". In dieser Schrift sollten die unter Anklage